



Protokollauszug

aus der
47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 30.01.2019

öffentlich

**Top 5.13 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der Landes-
hauptstadt Potsdam
18/SVV/0885
ungeändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion** sowie der **Hauptausschuss** empfeh-
len, der Vorlage **zuzustimmen**, die anschließend in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung
gestellt wird:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Die Landeshauptstadt Potsdam schließt mit der kreisfreien Stadt Brandenburg an der
Havel eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen überregionalen Fachbera-
tungsdienst für die soziale Beratung und Betreuung (Migrationsberatungsdienst) von
Flüchtlingen ab.**

**Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2019. Sollte der Be-
treibervertrag vom 14.12.2017 gemäß § 12 Abs. 1 des Betreibervertrages verlängert
werden, so verlängert sich dementsprechend auch die öffentlich-rechtliche Vereinba-
rung. In dem Betreibervertrag hat die Landeshauptstadt Potsdam ein zweimaliges Op-
tionsrecht, den Betreibervertrag um jeweils ein Jahr zu verlängern.**